

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Geschäftsstelle Magdeburg
Ernst-Reuter-Allee 41
39104 Magdeburg

Welterbestadt Quedlinburg, 09.03.2016

Wahlprüfsteine der Gewerkschaft EVG zur Landtagswahl am 13.03.2016

Lieber Kollege Posner,

zu den von Euch übermittelten Wahlprüfsteinen möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die vom Bund für das Land Sachsen-Anhalt bereitgestellten Regionalisierungsmittel vollumfänglich für die Bestellung von SPNV Leistungen verwandt werden und eine Zweckentfremdung der Regionalisierungsmittel, wie z.B. zur Finanzierung von Schülerverkehren, unterbleiben wird?

Da die nunmehr vereinbarte Höhe der Regionalisierungsmittel des Bundes auf nur 8 Mrd. Euro vor allem für die neuen Bundesländer zusätzlich zu Einschnitten führen werden und wir über die genaue Höhe der Mittel für Sachsen-Anhalt erst nach den Verhandlungen zwischen den Bundesländern Klarheit erlangen werden, wird es notwendig sein, die Regionalisierungsmittel wieder vollständig für den Zweck einzusetzen, den der Bund vorgesehen hat. Dies bezieht auch die landesseitige Finanzierung der Ausbildungsverkehre mit ein.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass alle durch das Land Sachsen-Anhalt beauftragten Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU), die SPNV Leistungen in Sachsen-Anhalt erbringen, der Fahrvergünstigungsgemeinschaft Deutscher Eisenbahnen (FDE) beitreten, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Senioren der Bahnunternehmen in Sachsen-Anhalt entsprechende Fahrvergünstigungen erhalten?

Wir haben dazu in der ablaufenden Legislaturperiode schon viele Gespräche auch mit der EVG geführt und uns klar in der Sache positioniert. Auf Betreiben der SPD ist der Petitionsausschuss des Landtages mit einem auf der Grundlage der Gespräche von der SPD erstellten Lösungsvorschlag an den Bundesverkehrsminister herangetreten.



3. Welche Position vertreten Sie bei der Fortschreibung des Regulierungsgesetzes? Werden Sie sich für eine faire Regulierung der Schieneninfrastruktur einsetzen, die keine Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt gefährdet oder reduziert?

Die Rahmenbedingungen für den Netzzugang sind rechtssicher und vor allem fair zu gestalten. Darüber hinaus sind die Sicherung und der Ausbau der Leistungsfähigkeit der Eisenbahninfrastruktur zu gewährleisten. Gerade in den neuen Bundesländern ist der Erhalt von Nahverkehrsinfrastruktur zwingend erforderlich. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um die Arbeitsplätze der Beschäftigten im Land zu sichern. Die Bahn ist in Sachsen-Anhalt der größte Arbeitgeber.

Darüber hinaus muss ein Regulierungsgesetz die Stärkung des Verkehrsträgers Schiene im nationalen und internationalen Verkehr sowie den Abbau von bestehenden und Vermeidung von neuen Wettbewerbsnachteilen gegenüber konkurrierenden Verkehrsträgern vorsehen.

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die im Regionalisierungsgesetz festgeschriebenen Mittel pro Jahr langfristig gesichert und erhöht werden, damit auch die Qualität und notwendige Quantität des ÖPNV/SPNV in Sachsen-Anhalt gewährleistet werden kann?

Ein flächendeckender, barrierefreier und vernetzter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist Basis einer guten umweltgerechten Verkehrsinfrastruktur. Und dieser ÖPNV braucht einen starken und zuverlässigen Schienenpersonennahverkehr in Sachsen-Anhalt. Leider mussten wir feststellen, dass die Forderung der Bundesländer gegenüber dem Bund nicht vollständig durchgesetzt werden konnte. Von den geforderten 8,5 Mrd. Euro Regionalisierungsmitteln sind bedauerlicherweise lediglich 8 Mrd. Euro Zahlungen des Bundes an die Länder bis zum Jahr 2030 verblieben. An dieser Höhe wird sich bedauerlicherweise nicht mehr ändern lassen. Nun ist es vielmehr wichtig, dass die neuen Bundesländer bei der Verteilung der Mittel nicht durch die alten Bundesländer übervorteilt werden und die in Kiel zwischen den Bundesländern getroffene Vereinbarung für die neuen Bundesländer (Sperrklinke) Bestand hat. Für Sachsen-Anhalt geht es in diesen Verhandlungen um annähernd 1 Mrd. Euro für den Zeitraum bis 2030. Wir werden uns weiterhin aktiv für den Erhalt der zugesagten Finanzierung einsetzen.

5. Setzen Sie sich für eine verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ein? Welche Rolle spielen für Sie hierbei die Themen Infrastruktur, Wettbewerbsbedingungen und das Einzelwagensystem im Schienengüterverkehr? Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie für bestehende Industriegebiete im Land Sachsen-Anhalt vor bzw. welche Unterstützung geben Sie bei der Neuerschließung von Industriegebieten?

Wir setzen uns für eine Verlagerung von Transporten von der Straße auf die Schiene und die Wasserstraßen ein. Die SPD bekennt sich zu den großen Umschlagbahnhöfen im Land. Eine eigene landesseitige Gleisanschlussförderung für Industriegebiete ist bislang nicht vorgesehen. Eine solche Förderung des Landes würde zudem konkurrierend neben der Bundesförderung von Gleisanschlüssen (Neu- und Ausbau sowie Wiederinbetriebnahme stillgelegter Anschlüsse) durch das Eisenbahn-Bundesamt stehen. Sachsen-Anhalt kann dennoch auf eine starke Tradition von nichteisenbahngebundenen Bahnen auf eigenen Gleisanlagen in Industriegebieten und Chemieparks (z.B. Bitterfeld und Leuna), die auch in der laufenden Legislaturperiode

Leistungen aus dem Landeshaushalt erhalten, blicken. Diese sorgen für eine erhebliche Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene bzw. für eine Vermeidung von Straßengüterverkehr. Die SPD wird sich auch in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Landesmittel hierfür zur Verfügung gestellt werden.

6. Treten Sie für die Verstetigung der Bundesmittel zur Finanzierung der Schieneninfrastruktur im Land Sachsen-Anhalt ein?

Das Land zahlt über seine Verkehrsverträge erhebliche Mittel für Trassen- und Stationsentgelte. Diese Mittel müssen im Gegenzug auch in den verstetigten Erhalt der Infrastruktur fließen und dies nicht nur in den Bereich Fernverkehrsinfrastruktur, sondern ebenso in die Nahverkehrsinfrastruktur in Sachsen-Anhalt. Werden hier die neuen Bundesländer abgehängt, wird der Schienenpersonennahverkehr auf Dauer nicht attraktiv zu halten sein.

7. Treten Sie für eine Ausweitung der Lkw-Maut, vor allem auf Fernbusse oder auch Kleinlaster, ein? Sind Sie bereit, mit dieser Forderung die Wettbewerbsnachteile der Bahnen zu vermindern?

Die SPD begrüßt zwar die durch Fernbusse hinzugetretene Vielfalt an Fernverkehrsangeboten, setzt sich aber für gleiche Wettbewerbsbedingungen ein. Somit sind folglich auch die Fernbusse an der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zu beteiligen, wie dies bei der Bahn über die Trassenpreise erfolgt.

8. Werden Sie dafür eintreten, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch das Land Sachsen-Anhalt an die Zahlung von Tariflöhnen gebunden wird?

Das maßgeblich durch die SPD in der Wahlperiode novellierte Vergabegesetz Sachsen-Anhalt sieht dies vor.

9. Im Zusammenhang mit der Frage 8: Das Land Sachsen-Anhalt braucht ein wirksameres Tariftreuegesetz, das letztendlich Lohn- und Sozialdumping verhindert. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Wort „können“ im § 11 des heutigen Vergabegesetzes zur Anwendung der EU Verordnung in das Wort „müssen“ geändert wird?

Zwar hat die Politik keinen Einfluss auf die Vergabeentscheidungen, kann aber die Voraussetzung für die Vergaben beeinflussen. Dies hat sie auch durch das Landesvergabegesetz getan. Dort ist in § 11 geregelt, dass bei der Neuvergabe von Personenverkehrsdienstleistungen der Betriebsübergang des Personals zur Voraussetzung in der Ausschreibung gemacht werden kann. Diese Möglichkeit wird durch die Nahverkehrsgesellschaft Sachsen-Anhalt (NASA) derzeit bedauerlicherweise nicht genutzt.

Da es der SPD ein Anliegen ist, den Betriebsübergang als Verpflichtung in einer Vergabe aufzunehmen (günstige Angebote im Vergabeverfahren sollen nicht über Lohndumping und Arbeitsplatzabbau erstellt werden können), hatte die SPD-Landtagsfraktion in dieser Legislaturperiode schon drei Anläufe unternommen, mit dem Koalitionspartner ein neues Vergabegesetz mit einer Verpflichtung zum Übergang des Personals zu verabschieden. Dies hätte im Fall der letzten Vergabe (Dieselnetz

Sachsen-Anhalt-DISA) bedeutet, dass Abellio künftig das auf dem Netzteil eingesetzte Personal zu den bestehenden Bedingungen hätte übernehmen müssen.

Sehr zu unserem Ärger hat der Koalitionspartner alle Versuche der SPD-Landtagsfraktion abgelehnt, das Vergabegesetz entsprechend zu ändern, so dass auch die neuerliche Entscheidung nicht unter dieser Voraussetzung erfolgte.

Wir bedauern ausdrücklich, dass es wieder nicht zu dieser Arbeitsplatz- und Arbeitsbedingungen sichernden Ausschreibungsmöglichkeit der Leistung Dieselnetz Sachsen-Anhalt kam. Wir hoffen, dass den Beschäftigten durch den neuen Betreiber ein faires Angebot zur Weiterbeschäftigung gemacht wird und damit Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt erhalten werden können.

Darüber hinaus haben wir uns für eine stärkere Kontrolle der Arbeit der NASA eingesetzt und die Gründung eines NASA-Beirates gefordert. Dieser Beirat hat im Januar 2016 seine Arbeit aufgenommen.

10. Welche weiteren Schritte können oder werden Sie einleiten, um Arbeitsplätze bei den Bahnen und der Bahnindustrie zu schützen und zu erhalten?

Wichtig ist zuvorderst, dass die Verhandlungen zu den Regionalisierungsmitteln zu einem guten Ende für Sachsen-Anhalt kommen, denn dies sichert zunächst einmal finanziell den Erhalt der Arbeitsplätze. Daneben ist es wichtig, dass wir endlich wie bereits oben bereits erwähnt, eine Novellierung des Vergabegesetzes erreichen und die Muss-Regelung anstatt der heutigen Kann-Regelung zum Betriebsübergang aufnehmen.

11. Welche Position haben Sie zur flächendeckenden Zulassung von sogenannten „Gigaliner“ bzw. „Monstertrucks“?

Die SPD hat sich schon in der laufenden Legislaturperiode klar gegen die Lang-Lkw (Gigaliner) gewandt und Erprobungsfahrten in Sachsen-Anhalt mit dem Koalitionsvertrag 2011 ausgeschlossen. Für diese Fahrzeuge sind die bestehenden Verkehrswege nicht ausgelegt; sie stellen durch besonders lange Überholwege eine besondere Gefahr im Straßenverkehr dar und nicht zuletzt verhindern sie die gewünschte Verlagerung von Gütern auf die Schiene.

12. Teilen Sie die Ansicht der Gewerkschaften, dass es bei Frauen immer noch eine Lohndiskriminierung gibt? Wenn ja – was wollen Sie in Sachsen-Anhalt dagegen unternehmen?

Auch in Sachsen-Anhalt sind besonders viele Frauen im Niedriglohnsektor beschäftigt. Der Mindestlohn sowie eine höhere Tarifbindung sind wesentliche Schritte zur Zurückdrängung des Niedriglohnsektors. Zudem setzt sich die SPD für die Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen ein. Aus unserer Sicht muss Arbeit ordentlich entlohnt werden und so gestaltet sein, dass Existenzangst trotz Arbeit der Vergangenheit angehört.

Wir brauchen schnellstmöglich ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene, das die Betriebe verpflichtet, Lohndiskriminierung von Frauen aufzudecken und zu beenden. Zudem werden wir auf Landesebene (durch eine Stärkung der Tarifparteien) auf eine stärkere Tarifbindung in frauendominierten Berufen hinwirken.

Im Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt sind vielfältige Maßnahmen darauf ausgerichtet, Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abzubauen. Im Handlungsfeld Existenzsichernde Beschäftigung zielen spezielle Maßnahmen darauf ab:

- atypische bzw. prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu verringern und existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse zu fördern;
- die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern herzustellen ;
- das Halten und Gewinnen von Fachkräften – insbesondere von Frauen im MINT-Bereich und von Männern in Erziehungs- und Pflegeberufen;
- die Verringerung der vertikalen Segregation des Arbeitsmarktes und die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen;
- die Unterstützung einer existenzsichernden Selbstständigkeit von Frauen.

Im Gender Mainstreaming-Konzept der Landesregierung 2012 bis 2016 bildete die Erhöhung des Frauenanteils in gehobenen Führungspositionen in der Landesverwaltung einen wesentlichen Schwerpunkt, der mit einer Reihe von konkreten Maßnahmen untersetzt war. Die SPD wird sich weiter dafür einsetzen, dass dieser Aspekt auch im neuen Arbeitsprogramm eine wichtige Rolle spielen wird.

13. Wie wollen Sie der Problematik des drohenden Fachkräftemangels im Land Sachsen-Anhalt begegnen?

Fachkräfte bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir müssen daher auch in den nächsten Jahren die notwendigen Fachkräfte ausbilden und finden. Die duale Ausbildung ist dafür eine zentrale Grundlage. Dafür werden wir den Fachkräftesicherungspakt mit Blick auf die geänderte Lebens- und Arbeitswelt der Menschen und mit Ausrichtung auf die Schwerpunktbranchen des Landes weiterentwickeln.

Insgesamt müssen sich sowohl die schulische Ausbildung und die Hochschulausbildung als auch die spätere berufliche Weiterbildung an die dynamischen Entwicklungen in der Arbeits- und der Wirtschaftswelt anpassen. Unser Ziel ist eine Durchlässigkeit in allen Phasen des Lernens und Arbeitens.

Das werden wir konkret tun:

- Stärkung der Fremdsprachenausbildung angesichts der zunehmenden Internationalisierung;
- Profilierung ausgewählter Schulen mit bilinguaem Unterricht;
- Weitere Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Schule z.B. mit Kooperationsverträgen, Schülerakademien, Schülerlaboren;
- Erfolgreiche Ansätze, wie der Innovationsassistent und die Transfer Gutscheine werden fortgeführt und weiterentwickelt;
- wir werden eine umfassende Berufsorientierung gleichberechtigt an Sachsen-Anhalts Schulen bis Klasse 12 gesetzlich festschreiben. Dazu gehört in enger Abstimmung mit dem Kammern und Verbänden die Weiterentwicklung von verbindlichen Praxisanteilen im Schulunterricht;
- wir stehen für eine verstärkte Ausprägung des Kompetenzfelds Werken im Fach Gestalten an den Grundschulen;

- wir wollen eine landesweite Förderung von Projekten der Berufsfelderkundung durch Praxisstage;
- wir wollen die Attraktivität der dualen Ausbildung und des dualen Studiums in den Bereichen Industrie, Handwerk und Verwaltung erhöhen;
- wir werden die Weiterentwicklung der Fachgymnasien zu beruflichen Gymnasien vorantreiben;
- wir wollen eine weitere Öffnung der Hochschulen auch für Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Aufstiegsfortbildung, wie z.B. Meisterinnen und Meister, erreichen;
- Berufsbegleitende Studiengängen an Hochschulen sollen ausgebaut werden.

14. Welche Maßnahmen planen Sie, um der demografischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt entgegenzuwirken?

Für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes wird der demografischen Wandel eine wesentliche Herausforderung, die wir meistern wollen, werden. Die Fakten sind bekannt: Die Bevölkerung in Deutschland wird weniger und älter werden. Sachsen-Anhalt ist dabei das weitaus am stärksten betroffene Bundesland. Bereits seit 1990 ist die Bevölkerungszahl in Sachsen-Anhalt um etwa 20% zurückgegangen, bis zum Jahr 2030 wird ein weiterer Rückgang der Bevölkerung um 17% prognostiziert. Der Anteil der älteren Menschen wird stark zunehmen.

Wir dürfen nicht die Augen vor diesem zentralen Thema verschließen, sondern müssen es in den Mittelpunkt unserer Zukunftspolitik für Sachsen-Anhalt stellen. Einiges haben wir schon erreicht. Die aktuellen Zahlen zeigen eine erfreuliche Tendenz. Der Wanderungssaldo ist in Sachsen-Anhalt inzwischen fast ausgeglichen. Sachsen-Anhalt ist ein lebenswertes Land, das auch in Zukunft erfolgreich seinen Weg gehen wird. Wir werden Sachsen-Anhalt als modernes und weltoffenes Land weiter entwickeln und die Attraktivität des Landes und seiner Regionen als einen Schwerpunkt unserer Öffentlichkeitsarbeit hervorheben. Wir brauchen mehr Gründe zum Hierbleiben und setzen auf ein Ende des Billiglohnlandes Sachsen-Anhalt. Nur dort, wo Menschen eine Perspektive sehen, werden sie bleiben und eine Familie gründen.

Unsere Aufgabe ist es, Strategien zur Anpassung an die veränderten Lebensverhältnisse zu entwickeln. Der demografische Wandel wird Auswirkungen auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche haben wie insbesondere Arbeiten, Wohnen, öffentliche und private Infrastruktur, Gesundheit, Pflege und Bildung. Hier brauchen wir neue Ideen und flexible Lösungen. So muss z.B. dem Fachkräftemangel mit Erhöhung der Erwerbstätigenquote in allen Bereichen begegnet werden. Das bedeutet eine noch stärkere Beschäftigung von Frauen, von älteren Arbeitnehmern, eine Einbeziehung bisher nicht ausreichend qualifizierter Menschen durch Bildung und Weiterbildung und Integration von Zuwanderern.

Auch hinsichtlich der Alterung der Bevölkerung müssen Potenziale der Älteren neu genutzt und das Zusammenleben der Generationen gestärkt werden. Bestimmte Bereiche werden enorm nachgefragt werden und anwachsen. Dabei sollten wir sie nicht nur als wesentliche Pflichtaufgabe sehen, sondern auch als Chance auf neue Wachstumsmärkte nutzen, so z.B. im Gesundheits- und Pflegebereich.

Eine wichtige Frage, der wir uns stellen müssen, ist, ob es zukünftig noch gelingen kann, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland aufrecht zu erhalten. Obwohl viele bei dieser Frage angelangt sind, wird sie in der politischen Debatte kaum gestellt.

Wir die SPD wollen uns da nicht abducken und diese Frage offen diskutieren. Daher wird es im neuen Landtag auf Initiative der SPD eine Enquete Kommission, die den Begriff der Gleichwertigkeit neu definieren soll, geben. Er bedeute für uns keinen Anspruch auf völlig gleiche Bedingungen, sondern auf vergleichbare Ausgangssituation, gleiche Chancen und angemessene Teilhabe an staatliche Leistungen.

Wir brauchen eine Weiterentwicklung der Zentren, aber auch lebendige ländliche Räume. Dabei kommt den Kommunen eine zentrale Rolle zu. Die Lebensbedingungen in den Regionen werden maßgeblich vor Ort gestaltet. Wir müssen die Kommunen stärken, damit sie handlungsfähig bleiben und den Daseinsvorsorgeauftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse erfüllen können. Wir müssen die Handlungsspielräume der Kommunen erweitern, damit sie den Herausforderungen vor Ort mit flexiblen und örtlich angepassten Lösungen begegnen können. Denn die unterschiedlichen Regionen brauchen maßgeschneiderte Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse vor Ort abgestimmt sind. Insbesondere für den ländlichen Raum müssen wir neue Strategien entwickeln. Nachfragebusse und die Ergänzung der medizinischen Versorgung durch die Wiedereinführung der Gemeindeschwester (Projekt Schwester Agnes) sind erste Schritte, die wir in der kommenden Legislaturperiode weiterentwickeln und ergänzen wollen.

Sachsen-Anhalt muss als das „Demografieland“ eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung dieser innovativen Maßnahmen übernehmen. Diese werden verstärkt themenübergreifend sein und müssen zukünftig als zentrale politische Querschnittsaufgabe gebündelt werden.

Wir müssen auch künftig alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte einbinden. Die bereits bestehende Demografieallianz und der Demografiebeirat, die wir fortführen werden, sind ein guter erster Schritt. Sachsen-Anhalt ist zwar früher und stärker betroffen, die demografische Entwicklung wirkt aber EU-weit. Daher müssen wir Erfahrungen austauschen und Fördermöglichkeiten nutzen.

15. Wie stehen Sie zu der Forderung älterer Bürger, diese stärker in den politischen Alltag mit einzubeziehen und in Sachsen-Anhalt ein Seniorenbeteiligungsgesetz voranzutreiben?

Sachsen-Anhalt soll ein Bundesland sein, in dem die Lebensleistung älterer Menschen gewürdigt wird. Wir wollen gute Bedingungen für älteren Menschen schaffen, die nicht mehr im Berufsleben stehen, aber weiter aktiv sein möchten. Ehrenamtliches Engagement und abwechslungsreiche Freizeitgestaltung im Alter sind uns wichtig. Mitwirkung ist in allen Bereichen ein demokratisches Grundrecht. Das gilt auch für Seniorinnen und Senioren. Viele ältere Menschen bringen sich gern in die Gesellschaft ein, auch wenn sie nicht mehr im Erwerbsleben stehen. Für ehrenamtliche Arbeit im Ruhestand zum Wohle der Allgemeinheit darf es keine bürokratischen Hürden geben. Seniorinnen und Senioren sollen über die Seniorenvertretungen bei den gesellschaftlichen Entscheidungen mitwirken können, die sie betreffen. Dazu wird es ein „Seniorenvertretungsgesetz“ auf Landesebene geben. Wir unterstützen die Forderung des Landessenorenforums nach Einführung eines Landessenorenbeauftragten.

16. Die EVG positioniert sich klar gegen Fremdenfeindlichkeit und tritt für eine friedliche demokratische Gesellschaft ein. Welche Maßnahmen halten Sie für angemessen, um der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit in unserem Land entgegen zu wirken?

Fremdenfeindlichkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. In Zeiten der Flüchtlingskrise, den PEGIDA-Aufmärschen und ihren Ablegern, erstarkt das rechtsextreme Spektrum in Deutschland. Selbst Personen, die in der gesellschaftlichen Mitte verankert sind, neigen dazu, sich rechtsextreme Erklärungsmuster zu Eigen zu machen. Häufig passiert dies aufgrund eines Unsicherheitsgefühls angesichts der Flüchtlingssituation. Es liegt dennoch in unserer Verantwortung, sich klar gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu stellen. Die Bürgerinnen und Bürger, welche den rechten Hetzern hinterher laufen, müssen wir – und damit ist die gesamte Zivilgesellschaft gemeint – in Gesprächen, sei es am Arbeitsplatz, innerhalb der Familie, im Sportverein, entgegentreten. Der Rechtsstaat muss mit all seinen Mitteln gegen jene vorgehen, die mit Volksverhetzung, Beleidigungen, bis hin zu Brandanschlägen und anderen Straftaten ihrer fremdenfeindliche Gesinnung in Gewalt umsetzen. Es ist uns leider keine „einfache“ Methode bekannt, Rassismus zu bekämpfen.

Unsere Verantwortung als gewählte Abgeordnete sowie als Gewerkschafter und damit öffentlich sichtbare und politisch handelnde Personen ist es, unsere Gesellschaft offen und tolerant zu gestalten. Insbesondere wir, deren Worte öffentlich wahrgenommen werden, müssen ihre mögliche Wirkung kennen. Wer davon spricht, dass "die Stimmung kippen könnte" trägt dazu bei, dass Unsicherheit entsteht.

Darüber hinaus gilt natürlich weiterhin: die Integration kann vor allem dann gelingen, wenn ein entscheidend großer Anteil der Bevölkerung und der Zuwanderer dafür bereit ist. Für diese Bereitschaft müssen wir werben und Zuversicht vermitteln. Rassistische, islamfeindliche, antisemitische und andere menschenverachtende Einstellungen stehen einem friedlichen Zusammenleben in unserer Gesellschaft entgegen. Deshalb muss ihnen durch eine deutliche Haltung und konsequentes Handeln der Nährboden entzogen werden. Anstatt negative Verallgemeinerungen heranzuziehen, müssen wir Aufgaben und Herausforderungen sachlich beschreiben. Keinesfalls dürfen wir es zulassen, dass wir selbst unseren eigenen Ängsten und Ressentiments erliegen und den rechten Populisten mit voreiligen Schlussfolgerungen in die Hände spielen.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Steppuhn, MdL